

## Synopse - Wahlprogramme der Parteien 2021 (Stand 7.7.2021)

	FDP	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	DIE LINKEN	CDU/ CSU
<b>Gesundheitsfinanzierung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Investitionsförderung für Krankenhäuser</li> <li>• Ermöglichung von finanziellen Anreizen (Selbstbeteiligung Bonuszahlung, Beitragsrückerstattung) durch Krankenkassen ermöglichen</li> <li>• Vereinfachung des Wechsels zwischen GKV und PKV</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Klare Zielvorgaben für Steuerzuschüsse und Investitionsmittel</li> <li>• Prüfung (und ggf. Überarbeitung/ Abschaffung) der Fallpauschalen</li> <li>• Neustrukturierung der Finanzierung der Kinder- und Jugendmedizin</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Abschaffung der Zusatzbeiträge</li> <li>• Paritätische Kostenübernahme der Beiträge</li> <li>• Anpassung der Beiträge an Lebensphase (an aktuelles Einkommen?)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Abschaffung der Fallpauschalen – vollständige Refinanzierung der Betriebskosten durch Krankenkassen</li> <li>• Verbot der Entnahme von Gewinnen – Überschüsse im Betrieb behalten</li> <li>• Fond des Bundes für Rekommunalisierung</li> <li>• Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze – Absinken des Beitrags auf &lt;12%</li> <li>•</li> </ul>	

	FDP	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	• DIE LINKEN	CDU/ CSU
<b>Pflege</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Selbstbestimmungsrecht am Lebensende</li> <li>• Arbeitsbedingungen in Pflege verbessern (Personalbemessung, Karrierechancen)</li> <li>• Ausweitung von Pflegewissenschaften an Hochschulen</li> <li>• Auszubildende nicht mehr zur Berechnung des Pflegeschlüssels einbeziehen</li> <li>• Abkehr von reiner Pflegepersonal-Untergrenze</li> <li>• Pflege durch digitale Anwendungen, Automatisierung sowie Robotik unterstützen</li> <li>• Pflegenden Angehörige entlasten (Kurzzeitpflegeregister)</li> <li>• Leistungsansprüche der jeweiligen Pflegegrade in ein monatliches Pflegebudget überführen</li> <li>• Drei-Säulen Modell für Pflege bestehend aus sozialer</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne für Pflege</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung von alternativen Wohnformen (generationsübergreifendes Wohnen und Pflege-WGs)</li> <li>• Rechtsanspruch auf umfassende Beratung durch unabhängige Fall-Manager:innen</li> <li>• Bewertungssystem für Pflegequalität gemessen an Ergebnis- und Lebensqualität</li> <li>• Errichtung eines unabhängigen und multidisziplinär Institut für Qualität</li> <li>• Unterstützung von pflegenden Angehörigen (grünen PflegeZeit Plus - dreimonatigen Lohnersatz und jährlich eine 10-tägige bezahlte Freistellung, wenn kurzfristig Unterstützung nötig wird</li> <li>• Sofortprogramm für mehr Pflegestellen in</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• 100.000 mehr Pflegekräfte in Krankenhäusern, 100.000 mehr Pflegekräfte in Pflegeheimen und 500€ mehr Grundgehalt</li> <li>• Verbot der Entnahme von Gewinnen – Überschüsse im Betrieb behalten</li> <li>• Fond des Bundes für Rekommunalisierung</li> <li>• Fachkraftniveau von mindestens 50 Prozent in Pflegeeinrichtungen, das bundesweit verbindlich umgesetzt und dessen Einhaltung wirksam kontrolliert wird</li> <li>• Ablehnung der Pflegekammer</li> <li>• Absicherung von ambulanten Pflegediensten und solselbstständigen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• bessere Möglichkeiten für gut organisierte, leistungsfähige, berechenbare, zuverlässige und bedarfsgerechte Angebotsstrukturen schaffen.</li> <li>• Wir wollen die Trägervielfalt in der Pflege als Ausdruck einer pluralen Gesellschaft stärken. Auch hier erhoffen wir uns vom Wettbewerb bessere Angebote.</li> <li>• Pflegebereiche als Berufsgruppe an der Selbstverwaltung im Gesundheitsrecht beteiligen (Bundespflegekammer)</li> <li>• Digitalisierung in der Pflege durch die Weiterentwicklung technischer Assistenz- und Warnsysteme älteren Menschen mehr Sicherheit und Eigenständigkeit geben</li> <li>• Pflegekräfte sollen durch</li> </ul>

	<p>Pflegeversicherung, privater und betrieblicher Vorsorge</p>		<p>Krankenhäusern</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Faire Bezahlung durch Tarifvertrag</li> <li>• Bedarfsermittlung und verbindliche Regelungen zur Personalausstattung</li> <li>• Mitspracherechte für Pflege- und Gesundheitsberufe in Selbstverwaltungsgremien des Pflege- und Gesundheitssystems</li> <li>• Grüne Bürgerversicherung für Pflege (unter Beteiligung aller Bürger:innen entsprechend nach finanziellen Möglichkeiten und Anpassung der Leistungen an Lohn- und Inflationsentwicklung)</li> </ul>	<p>Pflegenden durch gemeinnützige Plattformen und sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Solidarische Pflegevollversicherung ohne Eigenanteil durch pflegebedürftige Menschen oder deren Familien</li> <li>• Keine Verweigerung von Pflegeleistungen aus Kostengründen</li> <li>• Pflegeleistungen durch qualitative und gut bezahlte Pflegekräfte (mit familiärer Pflege ergänzend – nicht aus Not)</li> <li>• Gleiche Pflegeleistungen bei Sozialhilfe</li> <li>• Überführung der privaten Pflegeversicherung in die gesetzliche</li> <li>• Entlastung der pflegenden Angehörigen durch</li> </ul>	<p>den digitalen Fortschritt spürbar entlastet werden</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wir werden prüfen, wie wir das Instrument der betrieblichen Pflegezusatzversicherung stärken und staatlich fördern können, damit möglichst viele Menschen davon profitieren können.</li> <li>• Pflegevorsorgefond bis 2050 verlängern</li> <li>• Dynamisierung des Pflegegeldes ein und befürworten die Regeldynamisierung für alle Leistungen auf Grundlage der Lohnentwicklung.</li> <li>• Wir stehen neuen Wohn- und Betreuungsformen aufgeschlossen gegenüber und werden deren Einführung unterstützen</li> <li>• Mehrgenerationenhäuser als wichtige Anlaufstellen eines generationenübergreifenden Zusammenlebens</li> <li>• bisherigen Leistungen für Angebote der Kurzzeit-</li> </ul>
--	--	--	---	--	---

				<p>wohnortnahe, nicht-kommerzielle und von einer Solidarischen Pflegevollversicherung abgedeckte professionelle Tages- und Kurzzeitpflege</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Pflegeplattformen, welche Pflegekräfte sozialversichert und tariflich abgesichert beschäftigen</li> <li>• Lohnersatzleistungen für pflegende Angehörige (sechs Wochen Freistellung bei vollem arbeitgeberfinanziertem Lohnausgleich beim ersten Auftreten eines familiären Pflegefalls)</li> <li>• Garantie der Selbstbestimmungsrechte von Menschen mit Behinderung in der Pflege</li> <li>• Stärkung der personellen Vertretung der Pflege in Gremien</li> </ul>	<p>und Verhinderungspflege sowie Betreuungsleistungen zu einem Budget zusammenzufassen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stationäre Pflegeeinrichtungen sollen die Möglichkeit haben, passgenaue Unterstützungsleistungen für pflegebedürftige Menschen in ihrem Umfeld zu erbringen</li> <li>• Länder und Kommunen darin unterstützen, quartiersbezogene und sektorenübergreifende Versorgungskonzepte umzusetzen.</li> <li>• bundesweite Harmonisierung der Assistenz Ausbildung in der Pflege erreichen</li> <li>• attraktive Arbeitsbedingungen in der Pflege (durch z.B. verlässlicher Gestaltung der Dienstpläne)</li> <li>• Willkommenskultur für ausländische Pflegefachkräfte stärken und setzen uns für eine generelle</li> </ul>
--	--	--	--	---	---

				der Selbstverwaltung	Schulgeldfreiheit für Gesundheits- und Pflegerberufe ein <ul style="list-style-type: none"><li>• bundesweite Vergütung der Auszubildenden in der Pflegefachassistenten- ausbildung einführen</li></ul>
--	--	--	--	----------------------	---

	FDP	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	DIE LINKEN	CDU/ CSU
<b>Prävention</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Prävention in Kindergärten, Schulen und Ausbildung und auch Erwachsene zu gesundem Lebensstil durch Überzeugung statt Bevormundung</li> <li>• Ausbau von psychiatrischen Therapieplätzen, Förderung von Prävention, Aufklärung und Ausbildung von Therapeut:innen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung von Programmen in den Bereichen Prävention und Krankheitsfrüherkennung (unter Berücksichtigung verschiedener Altersgruppen und Geschlechter)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention (gesundheitsfördernde Arbeitsumgebung, ausreichend Bewegung, ausgewogene Ernährung)</li> <li>• Gesundheitsförderung als gesellschaftliche Aufgabe (nicht nur Ärzt:innen sondern auch andere Gesundheitsberufe)</li> <li>• Beteiligung von allen Sozialversicherungen, Krankenkassen, Bund, Ländern, Kommunen für gesunde Ernährung in Kitas oder Förderung von Angeboten von psychischen Erkrankungen oder gesunde Ernährung bei Schichtarbeit</li> </ul>		

	FDP	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	DIE LINKEN	CDU/ CSU
<b>Organisationsstruktur</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gleichstellung von Krankenhausträgern (privat, öffentlich konfessionelle)</li> <li>• RKI zu unabhängigen Institution umwandeln</li> <li>• offenere und innovationsfördernde Rahmenbedingungen (für Forschung) im Gesundheitswesen</li> <li>• autonome und freie (frei von Weisungen Dritter) Entscheidungen von Gesundheitsberufen</li> <li>• Befreiung von Schuldgeldern bundesweit</li> <li>• Faire Rahmenbedingungen zwischen inländischen Apotheken sowie in- und ausländischen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung der Forschung zur personalisierten Medizin</li> <li>• Neuordnung der Rollenverteilung zwischen ambulanten und stationärem Sektor (Überwindung Sektorengrenzen, Koordination Kooperation der medizinischen, psychotherapeutischen und pflegerischen Berufen)</li> <li>• Öffnung von Krankenhäusern für ambulante, teambasierte und interdisziplinäre Formen der Versorgung</li> <li>• Bessere Rahmenbedingungen und Ausstattung für den öffentlichen Gesundheitsdienst</li> <li>• Einführung der Bürgerversicherung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Entwicklung der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung zur Bürgerversicherung (unter Beteiligung aller Bürger:innen, Selbständige, Gutverdienende Beamt:innen)</li> <li>• Mehr Mitsprache für den G-BA</li> <li>• Versicherten Qualität der Krankenkassen, Krankenhäusern, Pflegediensten und niedergelassenen Ärzt:innen einfacher vergleichbar machen</li> <li>• Pflegekräfte und andere Gesundheitsberufe aufwerten und Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit Ärzt:innen ermöglichen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rücknahme von Ausgliederung und Privatisierung (Küchen- und Reinigungsdienstleistungen, Logistik)</li> <li>• Krankenhäuser in kommunale und gemeinnützige Hand überführen</li> <li>• Allgemeinverbindlicher Flächentarifvertrag für alle Beschäftigten der auch für kirchliche Träger gilt</li> <li>• Gebührenfreie Aus- und Fortbildung von Gesundheitsberufen</li> <li>• Vergütung der Ausbildung</li> <li>• Abschaffung der Trennung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung</li> <li>• Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes – Deckung der Vorhaltekosten für Material und</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• WHO stärken (nachhaltig stärken, finanziell, technisch und politisch)</li> <li>• Initiative zu einem internationalen Pandemievertrag zur Stärkung der globalen Gesundheitssicherheit weiter aktiv unterstützen.</li> <li>• Deutschland stärken ein international anerkannter Standort für Global Health zu werden</li> <li>• Ziele einer bedarfsgerechten und flächendeckenden Grund- und Regelversorgung in der Krankenhausplanung wesentlich stärker berücksichtigt werden, gerade mit Blick auf den ländlichen Raum</li> <li>• im Interesse der</li> </ul>

	<p>Versandapotheken</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kommerzialisierung im Gesundheitswesen beenden (Gewinne aus Mitteln der Solidargemeinschaft wieder verpflichtend und weitestgehend in Gesundheitssystem zurückfließen)</li> <li>• Stärkung der Kommunen bei Betreuung von MVZs</li> <li>• Stärkung der ambulanten und integrierten psychotherapeutischen Versorgung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene (niedrigschwellig, ohne lange Wartezeiten)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bessere Kooperation von Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzt:innen</li> <li>• Einflussnahme der Kommunen auf regionale Versorgung, um Vernetzung aller Akteure voranzutreiben</li> </ul>	<p>Behandlungskapazitäten durch Bund</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Tragende Rolle des ÖGD bei niedrigschwelligen Impfangeboten und Prophylaxen</li> <li>• Kostenlose Bereitstellung von Frauenhygieneprodukten von öffentlichen Gesundheitsstellen</li> <li>• Einführung eines anonymen Krankenscheins, der illegalisierten Menschen den Zugang zur Gesundheitsversorgung ermöglicht</li> <li>• Befreiung von Barrieren im Gesundheitswesen (Hindernisse beim Zugang, Untersuchungstechniken, Kommunikation)</li> <li>• Gleichstellung psychisch kranker Menschen vor dem Gesetz und in der Sozialversicherung</li> <li>• Gewaltfreie Psychiatrie und</li> </ul>	<p>Patientensicherheit für komplexe Behandlungen eine stärkere Bündelung entsprechender klinischer Angebote</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• flächendeckenden Ausbau des psychotherapeutischen Behandlungsangebots für Kinder und Jugendliche</li> <li>• Kompetenzen der Heil- und Hilfsmittelerbringer werden wir stärker nutzen</li> <li>• Gesundheitsberufen und in der Pflege werden wir die Aus- und Weiterbildung stärken und die Reform der Berufsgesetze vollenden</li> <li>• Abschaffung des Schulgeldes in den Gesundheitsberufen und die Einführung einer allgemeinen Ausbildungsvergütung wollen wir zügig umsetzen.</li> </ul>
--	-------------------------	---	---	---	---



				<p>Abschaffung Sondergesetze diesbezüglich</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Öffentlicher Haftungsfond, um Hebammen unabhängig von privaten Versicherungen zu machen</li> <li>• Überarbeitung der Bedarfsplanung der psychotherapeutischen Versorgung</li> <li>• Rückentwicklung der Versorgungszentren von Konzernen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Statt Sterbehilfe zu kommerzialisieren, werden wir dafür sorgen, dass wir den Zugang zur Hospiz- oder Palliativversorgung garantieren</li> <li>• Bund stellt für die Umsetzung des Paktes (Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst) insgesamt Mittel in Höhe von vier Milliarden Euro bis zur Verfügung, um den Personalaufbau und die Digitalisierung in den unteren Gesundheitsbehörden zu unterstützen</li> <li>• Robert-Koch-Institut stärken und zum deutschen Public-Health-Institut ausbauen</li> <li>• Gesundheits- und Pflegewirtschaft als herausragenden Wirtschaftsfaktor in Deutschland weiter</li> </ul>
--	--	--	--	---	---

					<p>stärken und dabei sicherstellen, dass gut bezahlte und zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen werden sowie Wertschöpfung in neuen Technologien entsteht</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• pseudonymisierte Versorgungsdaten für Pharmaunternehmen für Forschung und Innovation</li><li>• Schnellere Genehmigungsverfahren stärken den Pharma- und Forschungsstandort Deutschland</li><li>• Schnellere Genehmigungsverfahren (daher das Paul-Ehrlich-Institut und das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte finanziell und personell verstärken.)</li></ul>
--	--	--	--	--	---

					<ul style="list-style-type: none"><li>• Tempo für Entwicklung neuer Medikamente erhöhen (durch z.B. einheitlichere Vorgaben – unter Bewahrung des Patentschutzes)</li><li>• Wir werden die wissenschaftliche Erforschung jener Krankheiten gezielt unterstützen (beispielsweise Demenz-Erkrankungen oder HIV), die gegenwärtig als unheilbar gelten.</li><li>• Setzen sich für ein Wertesystem ein, das Chancen von KI für die Gesundheitsversorgung nutzt und zugleich Risiken minimiert</li></ul>
--	--	--	--	--	---

	<b>FDP</b>	<b>FPD</b>	<b>Bündnis90/Die Grünen</b>	<b>DIE LINKEN</b>	<b>CDU/CSU</b>
<b>Digitalisierung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Klare und transparente Rahmenbedingungen für Digitalisierung im Gesundheitswesen (offene Standards, Interoperabilität und Datensicherheit)</li> <li>• Vernetzung zwischen allen Gesundheitsakteuren und Patient:innen digital ausgestalten</li> <li>• Entbürokratisierung durch „Bepreisung“ der Anfordernden Person</li> <li>• mehr digitale Inhalte, eine Stärkung der pflegerischen Kompetenzen und eine leistungsgerechte Durchlässigkeit in Pflegeberufen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Potenziale der Digitalisierung für Diagnosen und flächendeckende gesundheitliche Versorgung entschlossener nutzen</li> <li>• Flächendeckende Weiterbildungs- und Unterstützungsangebote (für digitale Transformation)</li> <li>• Schutz der Patientendaten als höchste Priorität</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anspruch auf ePA ermöglichen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Digitale Gesundheitstechnologien sollen barrierefrei gestaltet und allen Menschen diskriminierungsfrei zugänglich sein, dies geht Hand in Hand mit angemessenen Weiterbildungs- und Informationsmöglichkeiten für die Versicherten, Patient*innen und Heilmittelerbringer. Die Mitsprache der betroffenen Menschen mit Pflegebedarf, einschließlich eines Vetorechts für z. B. den Robotereinsatz, ist zu definieren.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bürokratie reduzieren, damit Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegepersonal mehr Zeit für Patientinnen und Patienten haben und Gesundheits- und Pflegeberufe attraktiver werden</li> <li>• an die e-Health-Strategie den Prozess „Digitale Gesundheit 2025“ anschließen und zu einer ressortübergreifenden eHealth-Roadmap „Digitale Gesundheit 2030“ weiterentwickeln</li> <li>• Patientinnen und Patienten (unter Wahrung des Schutzes ihrer Daten) gesamte Krankengeschichte an einem Ort speichern und Ärzte und andere Leistungserbringer darauf zugreifen lassen können</li> </ul>

					<ul style="list-style-type: none"><li>• Digitale Versorgungsketten sollen Informationslücken zwischen Praxis und Krankenhaus beseitigen (dafür z.B. Erstattungsfähigkeiten von digitalen Gesundheitsanwendungen)</li><li>• 500 Millionen Euro für eine Innovationsoffensive für Robotik und Digitalisierung in der Pflege bereitstellen.</li><li>• digitale Investitionen in den Krankenhäusern wollen wir weiterführen und verstärken (virtuelles Krankenhaus)</li><li>• alle Bürgerinnen und Bürger einen digitalen, wohnortnahen und möglichst barrierefreien Weg haben</li></ul>
--	--	--	--	--	--

	FDP	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	• DIE LINKEN	CDU/ CSU
<b>Arzneimittel</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Arzneimittelproduktion nach Deutschland (oder EU) zurück verlagern</li> <li>• Kontrollierte Freigabe von Cannabis – Steuereinnahmen für Suchtbehandlung, Prävention und Beratung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sicherstellungsauftrag bei Medikamenten (Leistungen allen Bürger:innen zur Verfügung stellen)</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Begrenzung von Arzneimittelpreisen per Gesetz</li> <li>• Arzneimittelversorgung unabhängig vom Einkommen – vollständige Erstattung nachgewiesenermaßen Medikamente mit Nutzen</li> <li>• Arzneimittelforschung als öffentliche Aufgabe</li> <li>• Veröffentlichungspflicht von Arzneimittelstudien</li> <li>• Verpflichtung der Pharmaindustrie dem Gemeinwohl und demokratische Kontrolle dieser</li> <li>• Bereitstellung von Patenten (welche mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden) an ärmere Länder und Generikaproduzenten</li> <li>• Abschaffung von Rabattverträgen und Selektivverträgen</li> <li>• Einbindung von Expertenwissen und Allgemeinheit bei</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Für besonders versorgungskritische Wirkstoffe werden wir Maßnahmen wie eine staatliche Lagerhaltung oder Notfallkapazitäten schaffen</li> <li>• Drogen nicht legalisieren, Suchtprävention stärken (Aufklärung sowie frühe und massentauglichere Sanktionen)</li> <li>• legalen Suchtmitteln setzen wir auf verantwortungsvollen Umgang (mehr Aufklärung, bessere Hilfsangebote, stärkerer Jugendschutz)</li> <li>• Souveränitätsoffensive bei der Medikamentenproduktion (freien Handel ohne einseitige Abhängigkeit)</li> <li>• Dafür wollen wir mit unseren Pharma-Unternehmen dafür</li> </ul>

				zukünftigen Forschungsprogrammen für Transparenz und partizipative Prozesse	sorgen, dass kritische Schutzkleidung, medizinische Geräte sowie alle wichtigen Medikamente in mindestens einer Variante in Europa produziert werden <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wir fördern neue Antiinfektiva und Impfstoffe durch geeignete Anreize von Forschung bis zur Erstattung</li> <li>• schnelle Verfügbarkeit neuer Therapieoptionen und Arzneimittel für schwerkranke Patienten in Deutschland</li> </ul>
--	--	--	--	---	---

Das Wahlprogramm von VOLT ist sehr umfangreich zu gegebenen Stichworten und kann unter <https://www.voltdeutschland.org/programm> eingesehen werden.

Erstellt durch Luong Hoang Nghia